



**GEWERKSCHAFTSBUND
DES KANTONS ZUG**

GBZ-Info Nr. 46, Februar 2002

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Am 3. März kommt die **Arbeitszeitverkürzungs-Initiative** der Gewerkschaften zur Abstimmung. Diese sieht eine Verkürzung der Jahresarbeitszeit auf 1872 Stunden vor, was im Durchschnitt einer 36-Stunden-Woche entspricht. Die Initiative lässt bewusst offen, wie diese Arbeitszeitverkürzung realisiert werden soll: Von der 4-Tage-Woche bis zu mehr Ferien sind viele Varianten möglich. Die Produktivität ist in den 90er Jahren um 14% gestiegen, die Löhne jedoch bloss um 4%. Stress und Arbeitsdruck haben Jahr für Jahr zugenommen. Eine Arbeitszeitverkürzung ist dringend nötig und verdient haben wir sie schon lange! Die Initiative sieht zudem noch eine Beschränkung der Überstunden und eine Gleichberechtigung der Teilzeitarbeitenden vor.

Der Zuger Kantonsrat hat wieder eine **Verlängerung der Ladenöffnungszeiten** beschlossen:

- Werktags bis 20.00 Uhr (mit Bewilligung der Gemeinde bis 21.00 Uhr), heute bis 19.00 Uhr;
- Vor öffentlichen Ruhetagen bis 18 Uhr (heute bis 17.00 Uhr);
- Zwei verkaufsoffene Sonntag im Jahr (bereits im Dezember 1999 beschlossen).

Die Arbeitsbedingungen für das Verkaufspersonal sind aber noch nicht genügend geregelt worden, darum unterstützt der GBZ das Referendum (die Referendumsbogen werden in den nächsten Wochen verschickt).

Mit kollegialen Grüßen
Bruno Bollinger, GBZ-Präsident

Wichtige Daten zum Vormerken:

<p>3. März 2002: Abstimmungen 16. April 2002: GBZ-DV mit <i>Paul Rechsteiner</i>, SGB-Präsident 1. Mai 2002: 1. Mai-Kundgebung</p>

Zu den eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März empfiehlt der SGB:

Arbeitszeitverkürzung-Initiative: **Ja**
Beitritt zur Uno: **Ja**

GBZ-Präsident Bruno Bollinger beantwortete einige Fragen der Zuger Presse. Da die Antworten sehr stark gekürzt worden sind, drucken wir hier den vollständigen Text ab.

Wie bewerten Sie das abgelaufene Wirtschaftsjahr?

Es war ein besonderes Jahr, das vor allem in seiner zweiten Jahreshälfte von tragischen Ereignissen überschattet war, die allesamt keine Naturkatastrophen waren, sondern Zeichen dafür, wie brutal und rücksichtslos unsere Gesellschaft geworden ist. Die neoliberale Wirtschaftspolitik spielt diesbezüglich eine prägende Rolle. Aus gewerkschaftlicher Sicht waren die Ereignisse um die Swissair besonders wichtig: Missmanagement; Verwaltungsräte, die sich aus der Verantwortung stehlen; Banken, die kaltschnäuzig zeigen, wer das Sagen hat und die Swissair am Boden lässt. Für uns in Zug waren diese Ereignisse noch brutaler, weil sie uns während der Trauerwoche anfangs Oktober trafen. Wer wie üblich in solchen Fällen bezahlen muss, ist das Personal: Stelle verloren und kein Geld für einen Sozialplan. Um das Mass noch zu füllen, wurden sogar Gesetze ausser Kraft gesetzt, wie jene OR-Bestimmung, die besagt, dass wenn ein Betrieb einen anderen übernimmt, dieser zwingend für ein Jahr auch die Arbeitsbedingungen übernehmen muss. 2001 war wahrlich kein erfreuliches Jahr, dennoch bleibt uns die Hoffnung, dass gerade diese Ereignisse, den arbeitenden Menschen die Notwendigkeit aufzeigen, sich zu organisieren und sich gemeinsam gegen die rücksichtslose und egoistische Macht des Kapitals zur Wehr zu setzen.

Befürchten Sie eine Rezession im kommenden Jahr?

Es gibt Anzeichen, die auf eine Konjunkturabschwächung hindeuten. Auf jeden Fall müssen wir davon ausgehen, dass es nicht allen Branchen gut gehen wird. Als Gewerkschaften hoffen wir, dass wir mit unserem Einsatz für namhafte Lohnerhöhungen und gegen die Tieflöhne einen Beitrag zur Belebung der Binnenwirtschaft leisten können. Denn steigende Löhne für die unteren und mittleren Einkommen sind nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftspolitisch für das kommende Jahr die entscheidende Grösse.

Wo liegen die Herausforderungen für den Werkplatz Zug? National? International?

Wichtig ist es, dafür zu sorgen, dass es überhaupt noch einen Werkplatz gibt, wo Güter produziert werden. Die grösste Herausforderung dabei ist, Arbeitsplätze für alle zu schaffen. Restrukturierungen dürfen nicht mehr mit dem Kahlschlag der Entlassungen vollzogen werden. Die Arbeitgeber sind dazu aufgefordert, innovative Arbeitszeitmodelle umzusetzen, wie sie schon seit langem von den Gewerkschaften vorgeschlagen werden. Das Ziel ist, alle Beschäftigten eines Betriebes und damit berufliches Now how zu erhalten und endlich mit der Verunsicherung der Beschäftigten aufzuhören. Arbeitende, die als Nummer behandelt werden und ständig um ihren Arbeitsplatz bangen müssen, können nicht motiviert und professionell arbeiten. Die im März zur Abstimmung kommende Arbeitszeitverkürzungs-Initiative der Gewerkschaften schafft den nötigen Rahmen, damit die Arbeit auf alle verteilt werden kann. Die Initiative sieht die schrittweise Verkürzung der Jahresarbeitszeit auf 1872 Stunden vor, was im Schnitt einer 36 Stunden-Woche entspricht. Mit der Arbeitszeitverkürzung geht es aber nicht nur um die Verteilung der Arbeit und um die Bekämpfung von Stress und Überstundenexzessen, es geht auch um eine Beteiligung der Arbeitenden am Produktivitätsfortschritt der letzten Jahre. Krisen und Umstrukturierungen dürfen nicht mehr auf Kosten der Werktätigen überwunden werden.

Wo orten Sie die wichtigsten Einflussfaktoren für die Zuger Wirtschaft?

Nebst der oben erwähnten Tendenzen, die den Werkplatz schwächen, wirken sich die hohen Bodenpreise negativ auf die Arbeitsplätze aus, wie der Fall der Lego zeigt. Ein wichtiger Grund für die Schliessung der funktionierenden Legowerke war, dass die Firmenleitung mit

Arbeitnehmer zahlen die Kosten

Ziel ist die Beteiligung am Produktivitätsfortschritt

Bruno Bollinger ist Präsident des Zuger Gewerkschaftsbundes.

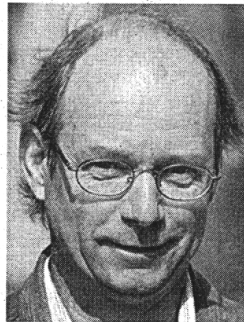
❶ Aus gewerkschaftlicher Sicht waren die Ereignisse um die Swissair wichtig: Missmanagement, verantwortungslose Verwaltungsräte, das Grounding durch die Banken. Wer dafür bezahlen musste, war das Personal. Gesetze wurden ausser Kraft gesetzt, wie jene OR-Bestimmung, die besagt, dass bei Fusionen die neue Mutterfirma zwingend für ein Jahr auch die Arbeitsbedingungen der neuen Tochter übernehmen muss. Den Angestellten wurde dadurch die Notwendigkeit aufgezeigt, sich zu organisieren.

❷ Es gibt Anzeichen, die auf eine Konjunkturabschwächung hindeuten. Die Gewerkschaften setzen sich für namhafte Lohn erhöhungen und gegen die Tieflohne ein. Damit soll ein Beitrag zur Belebung der Binnenwirtschaft geleistet werden. Denn steigende Löhne sind wirtschaftspolitisch für das kommende Jahr wichtig.

❸ Wichtig ist ein Werkplatz, der Güter produziert. Die grösste Herausforderung dabei ist, Arbeitsplätze für alle zu schaffen. Die Arbeitgeber sind dazu aufgefordert, innovative Arbeitszeitmodelle umzusetzen. Ziel

ist, alle Beschäftigten eines Betriebes und deren Know-how zu erhalten. Angestellte, die um ihren Arbeitsplatz bangen müssen, arbeiten nicht motiviert und professionell. Es geht auch um eine Beteiligung der Angestellten am Produktivitätsfortschritt der letzten Jahre. Krisen und Umstrukturierungen dürfen nicht mehr auf Kosten der Werktätigen überwunden werden.

❹ Nebst den oben erwähnten Tendenzen, die den Werkplatz schwächen, wirken sich die hohen Bodenpreise negativ auf die Arbeitsplätze aus, wie der Fall der Lego zeigt. Zudem zeigen sich die Gewerkschaften um den Angriff auf die Sozialversicherungen und die schleichende Umverteilung zugunsten der



Gewerkschaftsvertreter Bruno Bollinger plädiert für mehr soziales Engagement. FOTO ZVG

Reichen besorgt. Dies obwohl es weltweit noch nie so viel Geld gab wie heute.

❺ Das Zuger Steuergesetz treibt die Bodenpreise in die Höhe. Die Mischrechnung von niedrigen Steuern, hohen Mieten und Lebenshaltungskosten bringt den Normalverdienenden keine Vorteile. Im Weiteren wird viel Kapital, das hier versteuert wird, gar nicht in Zug erarbeitet. Es ist nicht verwunderlich, wenn die anderen Kantone den Kanton Zug durch den Neuen Finanzausgleich zur Kasse bitten. Vorteile des Standortes Zug sind die gute Durchmischung von Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen. Der gute Service public und der öffentliche Verkehr sind anzufügen. Zudem sind die hohe Lebensqualität und die guten beruflichen Qualifikationen vorteilhaft.

❻ Die Gewerkschaften befürchten, dass die politischen Auseinandersetzungen noch härter werden. Auch in Zug sind einige Anzeichen zu vernehmen, dass die Hoffnung auf einen «anderen Ton» in der Politik nach dem 27. September eine Illusion war. Durch die tragischen Ereignisse haben viele Menschen aber erkannt, dass erst das soziale Engagement im Dienste der Gemeinschaft dem Leben einen entscheidenden, bereichernden Sinn gibt.

Zuger Presse, 4. Januar 2002

dem Verkauf des Areals in Baar einen höheren Preis zu erzielen hoffte als anderswo. Da offenbar kein Käufer gefunden werden konnte, wird nun der Betrieb in Baar weitergeführt. Im weiteren sehen wir noch andere wirtschaftspolitische Einflussfaktoren, die uns grosse Sorgen machen. Der Angriff auf die Sozialversicherungen und die schleichende grosse Umverteilung zugunsten der Reichen wird die sozialen Ungleichheiten verschärfen. Dies obwohl es weltweit und in der Schweiz noch nie soviel Geld gab wie heute. Immerhin ist es den Gewerkschaften gelungen, mit der Initiative für eine Kapitalgewinnsteuer das Problem der ungerechten Privilegien für die Kapitalbesitzer zu thematisieren. Die Kapitalgewinnsteuer hat zwar in der Abstimmung keine Mehrheit gefunden, das Problem ist aber nicht vom Tisch.

Wo liegen die Nachteile/Vorteile des Standortes Zug im nationalen Vergleich?

Eine "Nebenwirkung" des für die Reichen günstigen Zuger Steuergesetzes sind die enorm hohen Bodenpreise, die nicht nur für die Lohnabhängigen negativ sind, sondern auch für grosse Teile des Gewerbes. Die Mischrechnung von niedrigen Steuern, hohen Mieten und Lebenshaltungskosten bringt den Normalverdienenden per Saldo keine Vorteile. Zudem dürfen wir nicht vergessen, dass viel von dem Geld, das hier versteuert wird, gar nicht in Zug erarbeitet wird. Es ist von daher nicht verwunderlich, wenn die anderen Kantone im Zusammenhang mit dem NFA etwas zurück haben wollen und den Kanton Zug zur Kasse bitten. Vorteile des Standortes Zug sehen wir in der immer noch guten Durchmischung von Indust-

rie, Gewerbe und Dienstleistungen und im Service public, insbesondere im gut ausgebauten öffentlichen Verkehr, der mit der Stadtbahn noch attraktiver werden wird. Weitere Pluspunkte sind die hohe Lebensqualität, die dank den guten beruflichen Qualifikationen und dem täglichen Einsatz der Arbeitenden geschaffen wird.

Was wird das neue Jahr vom alten unterscheiden?

Hoffentlich hört die Reihe der tragischen Ereignisse auf. Wir befürchten aber, dass die Auseinandersetzungen noch härter werden. Im Bau provozieren die Arbeitgeber mit ihrer sturen Haltung einen harten Arbeitskonflikt. Und auch im Kanton Zug sprechen einige Anzeichen dafür, dass es eine Illusion war zu hoffen, nach dem 27. September würde ein "anderer Ton" Einzug in die Politik halten. Die neoliberale Wirtschaftspolitik hat im letzten Jahr definitiv gezeigt, wie schädlich sie für die Gesellschaft ist. Globalisierung ist zum Sinnbild für soziale Ungerechtigkeit und Ausbeutung der ärmeren Länder geworden. Privatisierungen machen den Service public nicht rentabler, sondern ineffizienter und schliesslich teurer. Liberalisierungen bringen nicht mehr Freiheiten, sondern nur mehr Profit für wenige auf Kosten der Mehrheit. Flexibilisierungen schaffen keine Effizienz, sondern unterordnen die arbeitenden Menschen dem Diktat des Geldes. Die neoliberalen Verfechter werden aber ihren Schiffbruch nicht zugeben, sondern noch verbissener an ihren ideologischen Grundsätzen festhalten. Es wird darum auch Aufgabe der Gewerkschaften sein, nicht nur für anständige Löhne und faire Arbeitsbedingungen zu kämpfen, sondern die Arbeitenden für eine gerechte, soziale und darum humane Gesellschaft zu mobilisieren. Es war die positive Seite der tragischen Ereignisse vom Herbst 2001, dass viele Menschen erkannt haben, dass erst das solidarische Engagement im Dienste der Gemeinschaft dem Leben einen entscheidenden, bereichernden Sinn gibt. Es ist dieser gleiche Geist, der uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter schon immer motiviert hat, gemeinsam für die Interessen des arbeitenden Volkes zu kämpfen.

Die Lego schliesst noch nicht. Artikel aus der Neue Zuger Zeitung vom 14. Dezember 2001

Vorweihnächtliche Verärgerung

In Baar entlassene Lego-Angestellte schieben temporäre Sonderschichten im Werk Willisau

Die Lego-Chefs wehren sich gegen den Vorwurf des «hire and fire». Dennoch sind sie nun daran, so wenig Personal wie möglich mit festen Arbeitsverträgen auszustatten. Es geht darum, die Produktion auszulagern.

Das Geschäft läuft prächtig. Gemäss «Handelszeitung» erwarten die Lego-Manager einen positiven Jahresabschluss und eine gar zweistellige Wachstumsrate. Auf der Suche nach Weihnachtsgeschenken für die Kleinen stehen die Lego-Spielzeuge derzeit hoch im Kurs.

Sonderschichten in Willisau

Für das Unternehmen kommt dies offensichtlich unerwartet. Denn neun Monate nach der niederschmetternden Ankündigung, die zwei Produktionsstätten in Baar aufzuheben, müssen in der modernen Fabrik von Willisau Sonderschichten geleistet werden. Angesagt ist Wochenendarbeit.



In Baar (Bild) wird geschlossen, in Willisau hingegen werden zusätzliche Arbeitskräfte dringend benötigt. FOTO CB

Einzig am Weihnachtstag soll die Produktion ausgesetzt werden. Bemerkenswert ist zudem, dass in Willisau bereits den Sommer durch mehr als sonst üblich produziert werden musste, um die Nachfrage der Kunden befriedigen zu können. Plötzlich wieder gefragt sind daher die einstigen Ange-

stellten aus dem Werk Neuhof. 50 der 280 Entlassenen werden inzwischen jeden Morgen von der Lego mit zugemieteten Kleinbussen nach Willisau gefahren.

Nur temporäre Verträge

Einige der Betroffenen sind dennoch verärgert. Ihre ehe-

maligen Chefs haben ihnen, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, nurmehr temporäre Verträge angeboten. Die Gewerkschaft GBI Zentralschweiz hält es für wahrscheinlich, dass Lohnkosten eingespart werden.

Der GBI-Vertreter Giuseppe Reo fragt sich dabei, wieso die Lego keine Übergangslösung im nun stillgelegten Werk Neuhof organisiert habe: Doch auch wenn das Personal nicht einverstanden ist, «es hat keine andere Wahl», so Reo. Von Gewerkschaftsseite immer lauter wird daher die Klage, Lego betreibe mit ihrem Personal ein simples «fire and hire». Das angekündigte Ende der Baarer Fabriken habe nicht nur mit dem damaligen Auftragsbruch zu tun. Es gehe den Lego-Managern um eine grundsätzliche Änderung der Firmenstrategie.

Es geht ums Outsourcing

Unternehmenssprecher Urs Bachmann findet den Vorwurf «unfair». Tatsächlich sei man von der positiven Geschäfts-

entwicklung «überrascht» worden. Und das eine habe mit dem andern nichts zu tun, so Bachmann: «Auch wenn es von aussen durchaus so erscheinen kann.» Vielmehr gehe es um Folgendes: «Outsourcing» soll beim Spielzeughersteller zum Schlüssel des künftigen Unternehmenserfolgs werden. Gemäss LegoSprecher Bachmann will man auf Produktionskapazitäten bedarfsgerecht zugreifen können, ohne dass das Mutterhaus das unternehmerische Risiko selber tragen muss.

Verkauf von Lättich

Wie sich die Lego-Manager das praktisch vorstellen, kann am Beispiel der zwei Baarer Werke anschaulich gezeigt werden. So soll das Spritzgusswerk Lättich mitsamt den 130 Angestellten mittlerweile nicht einfach geschlossen, sondern nur verkauft werden. Konsequenz: Die Fabrik wäre auch in Zukunft für die Lego verfügbar, sollte sich die jetzige Hausse des Unternehmens fortsetzen.

PAUL KNUSEL

GBZ unterstützt Referendum gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten

Im November 1997 haben die Stimmberechtigten klar und deutlich Nein zu einer unsinnigen Verlängerung der Ladenöffnungszeiten gesagt. Diese Woche hat der Kantonsrat trotzdem eine Liberalisierung beschlossen, die über das hinausgeht, was 1997 vom Volk bachab geschickt worden ist. Verkaufsgeschäfte können werktags neu (mit Einwilligung des Gemeinderates) bis 21.00 Uhr geöffnet bleiben, vor öffentlichen Ruhetagen bis 18.00 Uhr. Bereits im Dezember 1999 hat der Kantonsrat zugelassen, dass die Geschäfte an zwei Sonn- und Feiertagen im Jahr aufmachen können. Das ist eine Zwängerei, die wir nicht akzeptieren können. Darum unterstützt der Zuger Gewerkschaftsbund (GBZ) das Referendum gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten.

Ganz grundsätzlich zweifeln wir daran, dass es notwendig ist, die Verkaufsgeschäfte so lange offen zu lassen. Diese Liberalisierung bringt Vorteile für die Grossverteiler, auf Kosten der kleinen Fachgeschäfte, was eine höchst fragwürdige Entwicklung ist. Ausschlaggebend bleibt aber für den Gewerkschaftsbund, dass die Regelung der Arbeitsbedingungen gerade des Verkaufspersonals der grösseren Geschäfte ungenügend bleibt. Dringend nötig ist in dieser Branche ein allgemeinverbindlicher Gesamtarbeitsvertrag (GAV), der Löhne, Arbeitszeit, Zulagen und Mitspracherechte bei der Stundenplangestaltung regelt. Enttäuscht sind wir von jenen Politikerinnen und Politikern, die sich für eine Liberalisierung stark gemacht haben, ohne dass sie sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Personals eingesetzt haben. Das Arbeitsgesetz genügt zur Regelung der Arbeitsbedingungen nicht. Darum dürfen die Ladenöffnungszeiten ohne GAV-Schutz für das Verkaufspersonals nicht verlängert werden.
Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund

*Ruth Wyss, SGA-Kantonsrätin und VPOD-Mitglied, in den Zuger Ansichten
(Neue Zuger Zeitung vom 19.1.02):*

Grossverteiler wären Gewinner

Exponenten der „Partei der kleinen Leute“, der SVP, haben im Jahr 2000 eine Motion zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten eingereicht. Vier Jahre nachdem die Zuger Stimmberechtigten verlängerte Ladenöffnungszeiten mit mehr als 60% Neinstimmen abgelehnt haben, gibt das Thema an der nächsten Kantonsratssitzung wieder zu reden. Die bürgerliche Ratsseite verlangt eine Ausweitung des heute geltenden Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetzes. Dies bringt gegenüber der 1997 vom Volk abgelehnten Vorlage vier-, gegenüber dem heute geltenden Gesetz neun zusätzliche Ladenöffnungsstunden. Im Kantonsrat wurde fast ausschliesslich von linker Seite gegen die Vorlage plädiert. Zwei Detaillisten wiesen auf die grosse Problematik der Kleinbetriebe hin.

Dass der Kuchen, den es zu verteilen gilt nicht grösser wird, haben verschiedene Studien gezeigt. Es geht hier um nichts weniger als darum, wer welchen Anteil des Kuchens ergattern kann. Die Grossverteiler haben eine grössere Anzahl von Angestellten und könnten damit längere Öffnungszeiten abdecken. Im Gegensatz dazu könnten es sich die kleineren Fachbetriebe aus personellen und damit wirtschaftlichen Gründen gar nicht leisten, ihre Geschäfte länger offen zu halten. Es entstünde damit ein zusätzliches Ungleichgewicht. Ein Umsatzmehr der „Grossen“ würde direkt auf Kosten der „Kleinen“ gehen. Die „Kleinen und mittleren Unternehmen“ (KMU) zu unterstützen macht Sinn. Sie sichern der Bevölkerung eine Versorgung abseits der Zentren und bieten in grosser Zahl Facharbeits- und Ausbildungsplätze. Die KMU stellen im Verhältnis mehr Arbeitsplätze als die „Grossen“.

Betroffen machte mich folgendes Vorkommnis: Personal in einem grösseren Betrieb wurde zur Arbeit gerufen, um die zusätzlichen Öffnungszeiten im Weihnachtsgeschäft 2001 abzude-

cken. Als das Geschäft nicht wie erwartet lief, wurde ein Teil der Berufsleute aufgefordert, wieder nach Hause zurückzukehren.

Aufgrund solcher Beispiele darf aus meiner Sicht eine Diskussion über eine weitere Ausweitung der Ladenöffnungszeiten erst dann stattfinden, wenn ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) allgemein verbindlich ist oder zumindest Verhandlungen darüber laufen. Nach dieser Deregulierung stünden die mehrheitlich weiblichen Verkaufspersonen noch schutzloser da, kennt doch das neue Arbeitsgesetz die entschädigungs- und bewilligungsfreie Abendarbeitszeit bis 23.00 Uhr. Auch der Bereich Detailhandel kennt Löhne, die das Existenzminimum nicht mehr sichern. Vor zu tiefen Löhnen und der massiv zunehmenden, sozial meist schlecht verträglichen Arbeit auf Abruf schützt das neue Arbeitsgesetz nicht.

In einer nicht repräsentativen Befragung in Zug haben sich verschiedene Personen, nicht zuletzt aus Solidarität mit dem Verkaufspersonal und den kleineren Fachgeschäften, mehrheitlich gegen eine Ausweitung ausgesprochen. Das Urner Volk hat sich am 2. Dezember 2001 mit über 60 Prozent klar gegen eine Ausweitung der Ladenschlusszeiten gestellt. Ich frage mich, wie verschiedene Dereguliererinnen und Deregulierer zum Schluss kommen, dass eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ein Bedürfnis für breite Bevölkerungskreise sei.

Es mag sein, dass ein Einkauf spätabends einmal spassig oder sogar praktisch sein kann. Aber wenn dadurch die Lebensqualität des Verkaufspersonals, das allgemeine Bedürfnis nach weniger Hektik und das Überleben zahlreicher kleinerer Läden derart in Frage gestellt wird, dann wird diese geforderte Serviceausweitung relativiert.

Wem das Stützen der KMU und der Erhalt möglichst vieler Facharbeitsplätze ein echtes Anliegen ist, wird dem vorliegenden Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz, das eine Ausweitung gegenüber der 1997 vom Volk abgelehnten Vorlage bedeutet, nicht zustimmen können. Gespannt sehe ich der Behandlung an der nächsten Kantonsratssitzung entgegen.

Die folgende GBZ-Stellungnahme ist in der Neue Zuger Zeitung vom 14. Januar 2002 und in der Zuger Presse vom 15. Januar 2002 erschienen:

Gewerkschaften mit Schlichtungsstelle nicht zufrieden

Der Zuger Gewerkschaftsbund (GBZ) hat an seiner letzten Vorstandssitzung die vom Obergericht geschaffene Schlichtungsstelle für arbeitsrechtliche Streitigkeiten zur Kenntnis genommen und bedauert es, dass die Chance zur Schaffung eines Arbeitsgerichtes verpasst worden ist. Dass die ursprünglich vom Obergericht vorgeschlagene Schlichtungsstelle bei der Volkswirtschaftsdirektion nicht durchgekommen ist, bleibt dabei ein schwacher Trost.

Für den GBZ sind noch einige Fragen offen: Wieso müssen Rechtsanwälte als Schlichter antizipieren? Wäre da ein Gerichtsschreiber, der mit der Praxis des Gerichtes besser vertraut ist, nicht effizienter gewesen? Wieso wurde keine paritätische Schlichtungsstelle geschaffen? Viele Kantone kennen solche Instanzen und machen gute Erfahrungen damit. Will man da bewusst die eine Seite ausschliessen? Diese Bedenken verstärken sich, wenn wir sehen, dass als Schlichter zwei Anwälte aus dem Umfeld der CVP und der FDP gewählt worden sind. Beide gehören zudem Anwaltsbüros an, die sich eher für die Interessen der Kapitalgeber einsetzen.

Der GBZ bedauert es, dass es hier verpasst worden ist, nach Lösungen zu suchen, die das Vertrauen des arbeitenden Volkes in die staatlichen Stellen verbessert hätten. Wir stellen fest, dass im Kanton Zug jene, die auf der Kapitaleseite der Wirtschaft stehen, ihre Privilegien und Interessen immer mehr durchsetzen. Von den staatlichen Instanzen erwarten wir aber, dass sie auch auf den arbeitenden Teil der Wirtschaft Rücksicht nehmen und so dafür sorgen, dass Zug für alle Bevölkerungsschichten lebenswert bleibt.

Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund

JA zur Arbeitszeitverkürzungs-Initiative der Gewerkschaften

Arbeitszeitverkürzung für mehr Lebensqualität

In den 90er Jahren ist in der Schweiz die Produktivität um 14% gestiegen, die Löhne jedoch um bloss 4%, was bedeutet, dass sich andere 10% das von den Arbeitenden produzierten Mehrwerts angeeignet haben. Die Werktätigen müssen immer intensiver und schneller arbeiten. Überstunden müssen geleistet werden. Privatleben und Familie leiden darunter. Und auch die Gesundheit: Das seco (Staatsekretariat für Wirtschaft) bezeichnet die durch Stress verursachten Kosten auf 4,2 Milliarden Franken.

Die Arbeitszeit ist seit Jahren nicht mehr verkürzt, sondern im Gegenteil, mit Überstunden noch verlängert worden. Es ist an der Zeit, dass die Arbeitenden einen Teil des Wohlstandes, den sie produzieren, in Form von Zeit erhalten. Mehr Lebensqualität durch Zeitwohlstand bedeutet: mehr Zeit für die Familien, mehr Zeit für die Weiterbildung, mehr Zeit für die Freiwilligenarbeit, mehr Zeit für sich selber. Die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Reduktion der Arbeitszeit schafft diese Möglichkeiten. Darum stimme ich JA zur Arbeitszeitverkürzungs-Initiative der Gewerkschaften.

Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund

Gleichberechtigung dank der Arbeitszeitverkürzungsinitiative

Die Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Männern und Frauen ist einer der Schlüsselfaktoren zur Verwirklichung der Gleichberechtigung. Kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich lassen den Männern mehr Zeit für die Beteiligung in Haushalt und Familie. Immer mehr Erwerbstätige wünschen sich das, werden aber mangels gut bezahlten Teilzeitstellen daran gehindert. Kürzere Arbeitszeiten ermöglichen es aber auch mehr Frauen Vollzeitstellen zu besetzen oder Teilzeitarbeit mit höheren Pensen zu leisten. So könnten sie im Vergleich zu heute mehr verdienen und hätten auch bessere Berufsaussichten. Kürzere Arbeitszeiten erleichtern auch die Betreuung der Kinder.

Die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit wird durch die Arbeitszeitverkürzung gefördert. Die Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, die im März zur Abstimmung kommt, sieht im Durchschnitt eine 36-Stunden Woche vor. Ihre Annahme wäre ein Meilenstein auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern in unserem Land.

Sybilla Schmid Bollinger, Gewerkschaftsbund des Kantons Zug

SMUV-Präsident Ruedi Amrein hat in der Neue Zuger Zeitung vom 17. Januar 2002 folgenden Leserbrief geschrieben:

Ja zum Beitritt zur politischen UNO am 3. März



Die Gegner eines Beitritts zur UNO warten in ihren Inseraten und in etlichen Leserbriefen mit dem Slogan: «Nein zum Beitritt zur politischen UNO», auf. Nachdem während Jahren gegen die «classe politique» gewettert wurde, treten nun dieselben Kreise gegen die politische UNO an. Alles, was nach Politik tönt, wird von diesen Kreisen ins schiefe Licht gerückt, da ja sowieso nur die Privatwirtschaft und somit der Markt die richtigen Lösungen bringt.

Im Fremdwörterbuch und im Duden steht unter Politik unter anderem: «Leh-

re von der Staatsführung; zielgerichtetes Verhalten; Beschäftigung mit den öffentlichen Angelegenheiten; Lehre von der praktischen Anwendung im Gegensatz zur reinen Theorie.» Wenn nun Politik oder Politisches negativ belegt werden, kann ich nur den Schluss ziehen, dass sich die Gegner der politischen UNO gegen zielgerichtetes Verhalten und Theorie statt Praxis sind.

Ich bin der Ansicht, dass die Probleme, die unseren Globus betreffen, und die Schweiz ist ein Teil davon, in der Praxis gelöst werden. Die UNO mit all ihren Fehlern und Unzulänglichkeiten,

wagt zumindest den Versuch, die anstehenden Probleme anzupacken. Hand aufs Herz, welche Organisation ist schon perfekt?

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, hat Anfang November in Genf unter anderem Folgendes gesagt: «Nur wenn der Mensch im Mittelpunkt all unserer Aktivitäten steht, werden wir in der Lage sein, Männer und Frauen überall auf der Welt dabei zu unterstützen, ihre Lebensumstände zu verbessern. Bei jeder Entwicklungsstrategie, die darauf ausgerichtet ist, die Gewinne der Globali-

sierung gerecht zu verteilen, müssen Arbeit und Beschäftigung die Hauptziele bilden. Ein produktives, freiwillig ergriffenes Arbeitsverhältnis ist die Grundmauer sozialer Stabilität. Ein einzelner Akteur kann diese Aufgaben ebenso wenig bewältigen wie ein einzelnes Land.» Genau aus dieser Optik glaube ich, kann die Schweiz mehr bieten als den Götzen Freier Markt oder dem Egoismus zu frönen. Ja zum UNO-Beitritt – ein Stück Gerechtigkeit für alle.

AMREIN RUEDI,
SMUV-PRÄSIDENT, ZUG

Arbeitszeit verkürzen = Lebensqualität verbessern!



Die Arbeitszeitinitiative sieht eine Verkürzung der Jahresarbeitszeit auf **1872 Stunden** vor, was im Durchschnitt einer **36 Stunden-Woche** entspricht.

Die Arbeitszeitinitiative will:

- Die Erwerbsarbeit gerechter verteilen
- Das Produktionswachstum für die Arbeitenden einholen
- Die Umverteilung der Arbeit zwischen Mann und Frau fördern
 - Gesundheitliche Schäden vermeiden
- Mehr Zeit für private und gesellschaftliche Tätigkeiten schaffen

JA zur Arbeitszeitinitiative der Gewerkschaften.

Zuger Komitee für eine Arbeitszeitverkürzung

Präsidium: **Bruno Bollinger**, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund, Baar; **Brigitte Profos**, Regierungsrätin, Oberwil; **Hanspeter Uster**, Regierungsrat, Baar; Mitglieder: **Pia Aeschlimann-Stalder**, Familienfrau/Erzieherin, Hünenberg; **Marianne Aepli**, Präsidentin Freie Wähler, Menzingen; **Renata Amrein-Cuorad**, VPOD, Zug; **Ruedi Amrein**, SMUV-Präsident, Zug; **Katarina Farkas**, Seminarlehrerin und Familienfrau, Zug; **Patrick Bürgler**, Cham; **Ursi Bürgler**, Cham; **Patrick Cotti**, Gemeinderat, Zug; **Eric Frischknecht**, SP-Gemeinderat, VPOD, Hünenberg; **Luzia Gassner**, alt Kantonsrätin, Hünenberg; **Toni Gschwind**, Präsident VPOD, Menzingen; **Toni Kleimann**, Zug; **Gerlinde Künzle**, Cham; **Madeleine Landolt**, Zug; **Josef Lang**, Kantonsrat SGA, Zug; **Maja Locher**, Familienfrau, Menzingen; **Anna Lustenberger-Seitz**, Kantonsrätin, Baar; **Markus Lüscher**, Cham; **Pietro Panico**, SMUV-Sekretär, Zug; **Pia Rhyner**, Gemeinderätin, Menzingen; **Walter Richner**, Informatiker, Risch; **Henk Roozeboom**, Kinderphysiotherapeut, Menzingen; **Madeleine Roozeboom**, Personalleiterin, Menzingen; **Jörg Rüttimann**, Zug; **Anna Schmid**, SGA, Zug; **Sybilla Schmid**, Vorstand Zuger Gewerkschaftsbund, Baar; **Hubert Schuler**, Präsident SP Kanton Zug, Hünenberg; **Eusebius Spescha**, Stadtrat, Zug; **Anita Stadler**, Vorstandsmitglied SGA, Baar; **Martin Stuber**, SGA-Mitglied, SMUV, Zug; **Hannes Vogel**, Theologe, Menzingen; **Beat Weiss**, Dipl.El.Ing.FH, Menzingen; **Josy von Wyl**, Vizepräsidentin Zuger Gewerkschaftsbund, Edlibach; **Ruth Wyss**, Kantonsrätin SGA, Baar; **Arlene Wytenbach**, SGA-Koprsäsidentin, Zug; **Marianne Zehnder**; Gemeinderätin SGA, Zug